

## Editorial

Für die anhaltende weltweite Finanz- und Schuldenkrise suchen Politik und Wissenschaft bei aller pragmatischen Hektik der sukzessiven Teillösungen auch nach grundlegenden Ursachen. *Wolfgang Streeck* hat in seinem Buch „Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus“, für welches er sich zu den Nominierten für den Sachbuchpreis der Leipziger Buchmesse zählen durfte, eine eindrucksvolle **staatstheoretische** Position entwickelt, deren Quintessenz wir hier veröffentlichen. Die gegenwärtige Krise ist für ihn eine Begleiterscheinung des langen Abschieds des westlichen Kapitalismus von seiner keynesianischen Wachstums- und Wohlfahrtsphase und geht mit langfristigen Verteilungsverlusten breiter Teile der Bevölkerung in den kapitalistischen Demokratien einher. Akut wurde sie nicht durch überzogene Forderungen von Wählern und politischen Parteien, wie oft behauptet wird, sondern durch den Zusammenbruch der globalen Finanzmärkte. Vielfältige, auch national unterschiedliche *unmittelbare* Ursachen der Fiskalkrise stehen in Zusammenhang mit einer allgemeinen *letzten* Ursache, dem säkularen Rückgang der Wachstumsdynamik und damit der sozialen Integrationsfähigkeit des sich liberalisierenden Kapitalismus.

Im **Schwerpunkt: Staatskapitalismus**, der von *Tobias ten Brink* und *Andreas Nölke* mit großem Engagement organisiert wurde, wird eine andere Entwicklung von Kapitalismus thematisiert: die Herausbildung staatlich durchdrungener Marktökonomien in großen Schwellenländern wie China oder Indien sowie Argentinien und Brasilien. Aktuell sind diese Länder in der Gruppe der BRICS-Staaten mit dem Versuch ins Rampenlicht getreten, auch ein institutionelles Gegengewicht gegen die großen Industriestaaten auf dem Weltmarkt zu bilden. Diese Perspektive ist auch ein Anlass, den Westzentrismus der aktuellen Krisendiskussion sowie der Literatur zu den „Varieties of Capitalism“ zu verlassen und sich mit den Gemeinsamkeiten und Unterschieden des Kapitalismus in diesen Ländern zu beschäftigen. Die Autoren sprechen von einer dritten Welle des Staatskapitalismus (3.0) mit ihren länderbezogenen Variationen. In ihrem in den Schwerpunkt einführenden Beitrag, auf den hier für detaillierte Informationen weiter verwiesen werden soll, geben die special editors einen Überblick über die historischen Wellen des Staatskapitalismus und benennen einige Implikationen für die gegenwärtige Kapitalismusforschung, die aus der Untersuchung von politischen Ökonomien jenseits der OECD-Welt zu ziehen sind. Die weiteren Beiträge des Schwerpunktes werden vorgestellt und in den Kontext der dritten Welle des Staatskapitalismus gestellt. *Christopher A. McNally* schreibt über „The Challenge of Refurbished State Capitalism: Implications for the Global Political Economic Order“ und *Andreas Nölke* charakterisiert den Aufstieg multinationaler Unternehmen aus Schwellenländern als Staatskapitalismus

in besonderer Form. *Tobias ten Brink* befasst sich mit der Wirtschaftsregulierung in China und den Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Steuerungskapazitäten in einem nicht-liberalen Kapitalismus, während sich *Christian May* und *Andreas Nölke* dem staatlich durchdrungenen Kapitalismus in Indiens metropolitanen Zentren widmen. Schließlich analysieren *Matthias Ebenau* und *Victoria Liberatore* den „Neodevelopmentalist state capitalism“ in Brasilien und Argentinien.

Das **Symposium: Der Gebührenstaat** befasst sich mit einem weit weniger dramatischen, aber den Bürger im Alltag gleichwohl (mitunter ärgerlich) betreffenden Thema. Die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen oder die Durchführung von Amtshandlungen stellt ein elementares Wesensmerkmal staatlichen Handelns dar. Gebühren prägen in vielerlei Hinsicht die alltäglichen Interaktionen zwischen dem Staat und seinen Bürgern. Gebühren sind gewissermaßen eine Selbstverständlichkeit im politischen und gesellschaftlichen Alltagsleben; weder ihre Rechtfertigung noch ihre Ausgestaltung sind, abgesehen von seltenen Fällen starker Politisierung, Gegenstand größerer politischer Auseinandersetzungen. Die Beiträge von *Christoph Knill* (auf dessen einleitenden Beitrag als Organisator des Symposiums ebenfalls verwiesen wird), *Stephan Grohs*, *Jale Tosun*, *Daniela Winkler*, *Achim Goerres*, *Markus Tepe* und *Marc Debus* befassen sich theoretisch und empirisch mit der Frage nach der politischen Dimension von Gebühren oder anders gesagt staatlicher Gebührenpolitik. Die Fallstudien analysieren Abfall-, Kindergarten- und Kirchenaustrittsgebühren. Konkret geht es hierbei um die Analyse politischer Prozesse und politisch definierter Zielvorgaben, welche die Ausgestaltung von Gebührenregimen jenseits rechtlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume prägen.

In den **Abhandlungen** analysiert zunächst *Gisela Färber* die Auswirkungen der Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Krisenbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben haben die Schuldenstände von Bund, Ländern und Gemeinden stark ansteigen lassen, wenngleich in unterschiedlichem Maße. Auch zwischen den Ländern und den auf Länderebene aggregierten Kommunen bestehen sehr große Unterschiede im Hinblick auf die kriseninduzierten Finanzierungsdefizite. Je größer allerdings die Finanzierungsdefizite in der Krise und je höher die Vorkrisenverschuldung waren, umso stärker wuchsen die Staatsschulden bis zum Haushaltsausgleich, und umso geringer sind die im Jahr 2020 noch finanzierbaren Primärausgaben.

*Jens Weiß* untersucht die Transformation der kommunalen Verwaltung in Deutschland und fokussiert dabei die Ursachen und Ziele von Veränderungsprozessen. Die Entwicklung seit 1990 wird in zwei Phasen analysiert, wobei die erste Phase stark von den Ideen des Neuen Steuerungsmodells und der Freiwilligkeit zu dessen Umsetzung geprägt ist. In der zweiten Phase wird das neue kommunale Haushaltsrecht als Instrument einer gesteuerten Verwaltungsreform analysiert. Im Vergleich zeigen sich die Grenzen der Steuerung über formale Normen.

*Angelika Vetter*, *Helmut Klages* und *Frank Ulmer* nehmen die neuere Diskussion über das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik zum Anlass einer Argumentation für die Implementation eines auf Dauer angelegten, systematischen Konzeptes kooperativer Demokratie. Zum Aufbau von gegenseitigem Vertrauen bedarf es der Verstärkung kooperativer Bürgerbeteiligungsprozesse. Dabei müssen Verbindlichkeiten geregelt sein im Hinblick auf die Beteiligungsprozesse, den Umgang mit jeweiligen Ergebnissen und auf Verantwortlichkeiten. Auf Basis erster Umsetzungserfahrungen formulieren sie hierzu sechs Gestaltungselemente eines entsprechenden Beteiligungskonzeptes.

Der 6. Jahrgang unserer Zeitschrift ist damit eröffnet. Im nächsten Heft werden ein von *Detlef Sack* (Bielefeld) organisierter Schwerpunkt zum Thema **Public Private Partnership** und weitere interessante Abhandlungen aus dem breiten Spektrum von *dms* erscheinen. Dieses Spektrum wird von vielen Leserinnen und Lesern mittlerweile anerkannt und uns gegenüber gelobt. Das Interesse an der Zeitschrift wächst, weil wir kein Sammelurium unterschiedlichster Artikel publizieren, sondern **dms** ein erkennbares eigenes Profil aufweist. Die Aufteilung zwischen allgemeinen Abhandlungen und Schwerpunktbeiträgen hat sich bewährt, die Zeitschrift konnte sich in der deutschen wissenschaftlichen Landschaft fest etablieren und ist anerkanntermaßen für mehrere Disziplinen offen. Wir freuen uns über diesen deutlichen Zuspruch und auf weitere Manuskripteingänge.

Hannover im April 2013

*Bernhard Blanke und Maren Kellermann*